

Platz abbeck

Nr. 2, 26. März 2009

DIE LINKE.KÖLN

DIE LINKE. Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. DIE LINKE. Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Aufsichtsräte sollen möglichst öffentlich tagen

Die Fraktion DIE LINKE will im Rat die Transparenz der Aufsichtsräte neu thematisieren. Hintergrund sind neue Urteile auf Bundesebene:

Die Forderung nach einer Erhöhung der Transparenz in den Aufsichtsräten kommunaler Betriebe entspricht den Anforderungen, die der Bundesgerichtshof in einer Entscheidung vom 10.2.2005 formuliert hat:

Durch § 4 des Pressegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen sind Behörden verpflichtet, „den Vertretern der Presse die der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe dienenden Auskünfte zu erteilen“. Der Bundesgerichtshof hat auf den entsprechend formulierten Paragraphen des Niedersächsischen Pressegesetzes verwiesen und festgestellt, dass „auch Betriebe der kommunalen Daseinsvorsorge [...] unter beherrschendem Einfluss der öffentlichen Hand“ dieser Auskunftspflicht unterliegen.

Das Verwaltungsgericht Regensburg weist in einem Urteil vom 8. Mai 2006 darauf hin, dass „die Geheimhaltungspflicht der Aufsichtsratsmitglieder beschränkt wird und künftig nur noch für solche Tagesordnungspunkte der Aufsichtsratsitzungen gilt, die zum Wohl des jeweiligen städtischen Unternehmens zwingend der Verschwiegenheit bedürfen“.

weiter auf Seite 2

Die Fraktion stellt auf ihrer Internetseite Ratsdebatten, Ratsbeschlüsse und Verwaltungsvorgänge zur Geschichte der Nord-Süd-Bahn, Berichte von der Unfallstelle sowie Dokumente zur Erforschung der Ursachen für das Unglück zur Verfügung. Sie können unter dem Link www.linksfraktion-koeln.de/stadtarchiv.html aufgerufen werden.

Herr Oberbürgermeister Schramma, treten Sie zurück!

DIE LINKE fordert einen zusätzlichen Beigeordneten für Stadtbahn-, Straßen- und Tiefbau

Der Kölner Stadtvorstand, bestehend aus dem Oberbürgermeister und seinen Beigeordneten, hat die Aufklärung der Ursache des Unglücks am Stadtarchiv behindert. Der KVB-Vorstand wusste seit September 2008 von einem ersten hydraulischen Grundbruch und hat geschwiegen und nicht gehandelt. Oberbürgermeister Fritz Schramma versucht, sich mit Ausflüchten aus der Verantwortung zu stehlen: Er lasse disziplinarische Maßnahmen gegen den Beigeordneten Streitberger prüfen, außerdem habe ihn die KVB hintergangen.

ehemalige Chef des Stadtwerke-Konzerns und Vorstand der KVB, Werner Böllinger (SPD), der im Dezember 2008 in Rente gegangen ist? Er müsste von den Grundwasserproblemen im September 2008 am Waidmarkt doch früh gewusst haben?

Wenn man die Messlatte der SPD zum Rücktritt des Beigeordneten Streitberger anlegt (wichtige Informationen nicht öffentlich gemacht), müsste auch KVB-Vorstand Jürgen Fenske (SPD) zurücktreten, vielleicht auch weitere Beigeordnete.

Wichtig ist, dass für die Menschen an



Niedlich. Leider besteht Politik nicht nur daraus, fotografiert zu werden.

All das ist ein Zeugnis seiner Unfähigkeit, die Kölner Stadtverwaltung und die städtischen Beteiligungsunternehmen zu führen. Hat er nicht selbst mehrere Tage die überhöhte Grundwasserentnahme am Waidmarkt der Öffentlichkeit verschwiegen?

DIE LINKE. fordert den Rücktritt von Oberbürgermeister Schramma, des Beigeordneten Bernd Streitberger und des KVB-Vorstandes Walter Reinartz, alle CDU. Sie stehen der notwendigen umfassenden Aufklärung der Hintergründe des Unglücks am Waidmarkt offensichtlich im Weg.

Die lückenlose Aufklärung darf keine Rücksicht auf Parteibücher nehmen: Wir fragen uns, welche Verantwortung trägt der

der Stadtbahnstrecke, aber auch für ganz Köln Sicherheit geschaffen wird und Stadtverwaltung und KVB wieder transparent und handlungsfähig werden. Deshalb tritt DIE LINKE. dafür ein, dass der Rat der Stadt Köln einen weiteren Beigeordneten bestellt, der für Stadtbahnbau, Brücken, Straßen und Verkehrstechnik zuständig sein soll und eine direkte und fachkompetente Kontrolle der Bauarbeiten der Nord-Süd-Stadtbahn gewährleistet.

*Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE. Köln.*

*Elisabeth Sachse, Hans Günter Bell,
Sprecherin und Sprecher des Kölner Kreisverbandes DIE LINKE.*

Fortsetzung von Seite 1: Aufsichtsräte sollen öffentlich tagen

Deshalb hat die Fraktion einen Antrag in den Rat eingebracht, in dem die Verwaltung beauftragt wird, eine Muster-geschäftsordnung vorzulegen, in der geregelt wird, dass Sitzungen der Aufsichtsräte möglichst öffentlich tagen. Faktisch würde das darauf hinaus laufen, dass die Sitzungen zweigeteilt sind in einen öffentlichen und einen nicht-öffentlichen Teil.

Wenn der Antrag beschlossen würde, wäre zumindest die Pflicht jedes Aufsichtsrates zu begründen, warum sie zu welchen Punkten öffentlich tagen und warum nicht-öffentlich. Das würde Bewegung bringen.

Gerade bei großen Projekten städtischer Beteiligungsunternehmen wäre die Abschaffung der Mausechlei hinter den Gardinen ein wichtiger Beitrag zur Transparenz. Nicht nur für die Menschen vor Ort oder die Presse, sondern auch für die Ratsmitglieder selber. Oft fehlen Kenntnisse und Informationen. Die Katastrophe beim Bau der Nord-Süd-Stadtbahn macht uns besonders deutlich, wie wichtig Transparenz ist. Transparenz muss auch dazu führen, dass Politiker zugeben müssen, dass sie von bestimmten Sachen keine Ahnung haben. Das ist nicht weiter schlimm. Schlimm ist es, Durchblick vorzutäuschen und dann Fehlentscheidungen zu treffen, weil man keine Experten zu Rate gezogen hat. Auch hier muss ein Weg gefunden werden, wie Projekte mit großer Tragweite gegengecheckt werden.

Jörg Detjen

Geschichte der Nord-Süd-Bahn: Debatten und Beschlüsse im Rat

24.03.1992

Der Rat der Stadt Köln debattiert über die Planung einer Nord-Süd-Stadtbahn vom Breslauer Platz über den Heumarkt und das Severinsviertel nach Marienburg. Die Grünen plädieren für eine oberirdische Streckenführung, die anderen Parteien für eine U-Bahn.

Der Beschluss zur Planung einer U-Bahn wird von einer Mehrheit von SPD, CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen gefasst.

27.06.1996

Der Rat debattiert über unterschiedliche Varianten zur Streckenführung. Die Grundlage dieser Debatte ist ein Gutachten der Firma Schüssler-Plan, das zehn ober- und unterirdische Varianten vergleicht. Dieses Gutachten war notwendig geworden durch eine Vereinbarung der damaligen Koalition von SPD und Grünen in NRW, nach der generell oberirdische Führungen des ÖPNV vorgezogen werden sollten. Das Gutachten wird von MR Reimers (Grüne) kritisiert. Es präferiere ungerechtfertigt die unterirdische Variante 6 gegenüber der mindestens gleichwertigen oberirdischen Variante 8.

Der Beschluss zum Bau der Variante 6 wird von SPD, CDU und FDP gegen die Grünen gefasst.

23.05.2000

Der Rat beschließt eine Neuordnung der Dezernate. Das Dezernat X Stadtentwässerung,

Brücken und Stadtbahnbau, das bislang für den Stadtbahnbau zuständig ist, wird abgeschafft. Damit wird die Übergabe des Stadtbahnbaus an die KVB und die HGK vorbereitet.

Der Beschluss wird von CDU, FDP und den Grünen gefasst.

20.12.2001

Der Rat beschließt die Übergabe der Bauherrenschaft über den Bau der Nord-Süd-Bahn an die KVB und die Gründung der Fahrweggesellschaft Köln/Bonn (FGKB) als Tochter der KVB zu diesem Zweck. Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

16.05.2002

Der Rat stimmt in nichtöffentlicher Sitzung dem vorgelegten Vertrag mit der KVB über die Übergabe der Bauherrenschaft zur 1. Baustufe zu.

12.10.2005

Der Rat stimmt in öffentlicher Sitzung dem vorgelegten Vertrag mit der KVB über die Übergabe der Bauherrenschaft zur 2. Baustufe zu.

26.03.2009

Der Rat sollte über den vorgelegten Vertrag mit der KVB über die Übergabe der Bauherrenschaft zur 3. Baustufe befinden. Dieser Tagesordnungspunkt wurde verschoben.

Redaktion

Köln braucht ein modernes, soziales, ökologisches und ökonomisch sinnvolles Verkehrskonzept

Das Unglück in der Südstadt wird die Diskussion um Verkehrskonzepte in Köln in den Fokus rücken. Die Linke ist gut aufgestellt. Im Folgenden werden Auszüge aus dem Kommunalwahlprogramm der LINKE. Köln dokumentiert:

Verkehre vermeiden: Durch eine kluge Stadtentwicklungspolitik müssen möglichst viele Lebensbereiche am Wohnort ermöglicht werden. Wohnen, Arbeiten, Kultur und Versorgung sollen im Veedel und somit fußläufig oder mit dem Rad erreichbar sein.

Das Auto muss von seiner Vormachtstellung zurückgedrängt werden. Autobahn-ähnliche Straßen müssen in unserer Stadt verschwinden, bzw. zurückgebaut werden. Generell Tempo 30. Der gewonnene Platz muss für andere Verkehrsteilnehmer/innen und zur Erholung zur Verfügung gestellt werden.

Eine Verlegung des ÖPNVs sowie des Rad- und Fußverkehrs unter die Oberfläche ist abzulehnen. Die Verlegung der Verkehre

in den Untergrund dient in Köln ausschließlich der reibungslosen Abwicklung des Autoverkehrs. Damit muss Schluss sein! Fußgänger- und Radfahrerunterführung sind genauso abzulehnen wie weitere

U-Bahnprojekte. U-Bahnbauten sind darüber hinaus wirtschaftlich nicht vertretbar. Sie sind um ein Vielfaches teurer als oberirdische Stadtbahnen.

Alle Verkehrsmittel sind barrierefrei zu gestalten.

Für Menschen, die ein Handicap in der Bewegung haben, ebenso für Menschen mit Sehbehinderung.

Der ÖPNV muss preisgünstig und qualitativ hochwertig zur Verfügung gestellt werden. Menschen mit wenig Geld darf der Zugang zu dieser öffentlichen Leistung nicht verwehrt werden.

Michael Weisenstein



Die Hintergründe des Outsourcing des städtischen U-Bahn-Baus

DIE LINKE. Köln tritt dafür ein, dass der Rat der Stadt Köln einen weiteren Beigeordneten bestellt, der für Stadtbahnbau, Brücken, Straßen und Verkehrstechnik zuständig sein soll und eine direkte und fachkompetente Kontrolle der Bauarbeiten der Nord-Süd-Stadtbahn gewährleistet.

Diese Forderung hat einen sehr aktuellen Hintergrund: Die früheren Stadtbahnbauten in Mülheim, Ehrenfeld und Kalk sind unter Federführung der Stadt Köln gebaut worden. Bei der Nord-Süd-Stadtbahn wurde das dann geändert. Die Vorbereitung dieser Entscheidung zog sich über mehrere Jahre hin:

Am 23. Mai 2000 beschloss der Rat mit den Stimmen von CDU, FDP und den Grünen eine Dezernatsneuordnung. Das frühere Dezernat X Stadtwässerung, Brücken und Stadtbahnbau wurde abgeschafft. Den Stadtbahnbau sollten die KVB und die HGK übernehmen. Prof. Bietmann, CDU erklärte: „Dies ist ein großes Reformwerk; ich behaupte: das größte Reformwerk der Verwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg“.

Ralf Sterk sagte: „Insbesondere im Baubereich [...] werden uns durch die Straffung und durch die klare Verteilung der Kompetenzen, die wir schaffen, die Bauherren und Investoren in unserer Stadt ewig dankbar sein, dass wir eine klare Zuständigkeit geschaffen haben.“

Im Jahre 2002 erstellte die Verwaltung unter dem Beigeordneten für Bauen und Verkehr Prof. Béla Dören den Planfeststellungsbeschluss für die Nord-Süd-Stadtbahn. Die Übertragung von Kompetenzen findet sich sehr deutlich in §2 der Verträge zur 2. und 3. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn:

„... übernimmt die KVB die komplette Abwicklung des in §1 Abs. 1 genannten Projektes und damit insbesondere die Projektleitung, die Projektsteuerung, die Bauvorbereitung, die Bauüberwachung, die Fortführung der Planung, den Bau sowie die Unterhaltung der 2. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn für alle Gewerke im eigenen Namen und für eigene Rechnung“.

2002 beschloss der Rat die Bildung einer Fahrwegsgesellschaft. Über zehn Mitarbeiter aus dem Tiefbau wurden hierzu zur KVB abkommandiert. Personalrechtlich verblieben sie aber bei der Stadt Köln. CDU und Grüne schafften dann den Dezernenten für Bauen und Verkehr ab. Die Dezernate wurden neu geschnitten: Stadtentwicklung, Planen und Bauen. Zuständig: Der Beigeordnete Bernd Streitberger.

Jörg Detjen

Baustopp und Debatte über die Zukunft der U-Bahn

Die KVB muss sämtliche Arbeiten an der Baustelle der Nord-Süd-U-Bahn auf die reine Sicherung der Baustelle konzentrieren. Andere Baumaßnahmen sind sofort bis auf Weiteres einzustellen. Zuerst müssen die Ursachen der Katastrophe ermittelt werden. Eine Entscheidung über die Fortsetzung, Abänderung oder Beendigung des Projektes darf erst nach einer breiten öffentlichen Debatte und mit Zustimmung der Anwohnerinnen und Anwohner entlang der Trasse fallen.

Mit dieser Position sollte Die LINKE. in die Debatte eingreifen. Entscheidend sind nicht die „Sachzwänge“, welche die anderen Parteien anführen (Landesförderung nur bei Fertigstellung usw.).

Wir müssen deutlich machen, dass Großprojekte wie die U-Bahn auf den Profitinteressen privater Investoren, Konzerne und Kreditgeber basieren. Wir, die normale Bevölkerung, müssen uns die Stadt wieder zurückerobern. Dazu gehört auch, Projekte noch aufhalten zu können, die weit fortgeschritten sind. Diese Debatte ist keineswegs abstrakt. Laut Meinungsumfrage des von ksta.de (ca. 17.000 Beteiligte) sprechen sich rund 23 % für den endgültigen Stopp der U-Bahn aus, 14 % sind für eine wenn nötig mehrjährige Überprüfung.

Die LINKE. sollte es sich nicht anmaßen klüger zu sein als alle anderen. Wir können

heute nicht die Forderung aufstellen, das Projekt zu beenden und die Tunnel zuzumauern. Aber genauso wenig können wir sagen – allein wegen der ungeklärten Sicherheit, aber auch aus finanzieller Sicht – dass die U-Bahn fertig gestellt und in Betrieb genommen werden muss. Das behaupten zwar KVB, die Stadt und die etablierten Parteien. Aber haben wir einen Grund, diesen auch nur ein Wort zu glauben?

Erst muss jeder Meter mit allen notwendigen Verfahren überprüft werden, die Anwohnerinnen und Anwohner müssen die Möglichkeit haben, dies selbst überprüfen zu lassen. Dann müssen auch die Folgekosten offen gelegt werden. Eventuell lassen sich die Sicherheitsmängel nicht beheben, eventuell ist es billiger, den Bau abzusichern und still zu legen.

Dieses Projekt ist von oben durchgesetzt worden, es wurde mit falschen Zahlen gerechnet, die Bevölkerung wurde bezüglich der Bauzeit und der Risiken belogen. Es ist das Produkt der Privatisierung und damit der Aushebelung von Verantwortung und Kontrolle. Diese Kontrolle muss wieder etabliert werden. Dann kann nach breiter demokratischer Debatte entschieden werden, ob es das kleinere Übel ist, die Strecke fertig zu stellen oder den Bau still zu legen.

Claus Ludwig (Mitglied der Fraktion DIE LINKE. Köln)

Debatte

Baustopp ist keine Lösung

Das tragische Unglück hat zwei Todesopfer gefordert und viele andere psychisch und materiell geschädigt. Hilfe für die Opfer steht an erster Stelle. Auch wenn das Unglück sehr viel Trauer und Emotionen ausgelöst hat, muss nun unaufgeregt über die Zukunft dieses umstrittenen Projektes entschieden werden. Die Mehrheit der Kölnerinnen und Kölner sind der Auffassung, dass die Bahn fertig gestellt werden soll. (In einer Umfrage des Express sprechen sich 67 % für den Weiterbau aus).

Das Unglück am Waidmarkt ist mit großer Wahrscheinlichkeit durch einen so genannten Hydraulischen Grundbruch eingetreten. Erdreich ist ins Rutschen gekommen und hat dem Stadtarchiv den Boden entzogen. Eine Ursache hierfür kann das zu schnelle Abpumpen des Grundwassers gewesen sein, eine andere, dass die Spundwände nicht weit genug in die Tertiäre (wasserundurchlässige) Schicht getrieben worden sind.

Mittlerweile steht fest, dass bereits im September 2008 ein hydraulischer Grundbruch stattgefunden hat. Dieser wurde von den Verantwortlichen verschwiegen. Ein echter Skandal der Konsequenzen nach sich ziehen muss.

Nach Einschätzung von Experten ist die Frage der Grundwasserhaltung vor und während der Rohbauarbeiten von sehr großer Bedeutung. Ist ein unterirdischer Bau zu leicht, ggf. nicht fertig gestellt, droht Auftrieb durch Grundwasser. Nähert sich die Baustelle der

Fertigstellung, wird das unterirdische Bauwerk schwerer und hält das Grundwasser somit zurück. Mittlerweile ist klar, dass verschiedene Haltestellen der Nord Süd Stadtbahn noch nicht gegen Auftrieb gesichert sind, weil die Betonarbeiten noch nicht so weit fortgeschritten sind. Lediglich die neuen Stationen Breslauerplatz und Bonner Wall sind soweit fertig gestellt, dass sie gegen Auftrieb und Wassereinbruch gesichert sind. Die Haltestelle Chlodwigplatz hat nahezu ihr Endgewicht erreicht, die Baustelle befindet sich in einer gegen Auftrieb recht sicheren Phase. An allen anderen Haltestellen ist die Betonage noch nicht weit fortgeschritten. Dies muss so schnell wie möglich geschehen, damit der Sicherheitsstand verbessert wird.

Die Sicherheit ist das wichtigste Argument für den Weiterbau. Es gibt weitere Gründe weshalb der Weiterbau unumgänglich ist: Würde die Bahn nicht in Betrieb gehen, müssten Stadt Köln und KVB weit über eine Milliarde Euro an die Zuschussgeber zurückzahlen. Auf Stadt und KVB kämen zig Millionen Ausfallgelder für die beteiligten Firmen zu.

Den Menschen, insbesondere in der Severinstraße ist es nicht zuzumuten, zuerst über Jahre hinweg die Grossbaustelle zu ertragen und dann keinerlei Vorteil zu haben.

Michael Weisenstein (Sachkundiger Einwohner im Verkehrsausschuss und Mitglied im Aufsichtsrat der KVB)

Aus den Ausschüssen:

■ Soziales

Schüler und Schülerinnen und die ARGE

Werden SchülerInnen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, noch während ihrer Schulzeit zu Gesprächen bei der ARGE eingeladen? Werden sie zur Berufsberatung verpflichtet oder gar angeregt, die Schule zu verlassen und einen Beruf zu ergreifen?

Zumindest lauteten so die Vorwürfe von einigen Schülerinnen und Schülern, die im Büro der Kölner LINKEN vorsprachen. Das Ratsmitglied Michael Kellner entschloss sich deshalb zu einer Anfrage zu diesem Thema im Schulausschuss.

In der Antwort der Verwaltung wird behauptet, dass SchülerInnen, die Leistungen nach dem SGB II erhalten und somit „durch die ARGE betreut werden, ab dem 15. Lebensjahr eine solche Einladung erhalten. [...] Sie sollen möglichst früh (präventiv) beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützt werden“. Allerdings wird „eine Verpflichtung zur Berufsberatung nicht ausgesprochen“. Auch „die Entscheidung darüber, ob eine/r Jugendliche/r eine Ausbildung beginnt, liegt allein bei dem/der Jugendlichen“.

Zwischen 15 und 18 Jahren unterliegen Jugendliche nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz der Vollzeitschulpflicht. Zwar heißt es, dass eine Arbeit „zumutbar [ist], wenn sie der Berufsschulpflicht nicht entgegen steht“. Allerdings „ist die Arbeitsaufnahme zusätzlich zum Schulbesuch für SchülerInnen“ nach Auffassung der ARGE „kontraproduktiv und wird daher nicht verlangt“. Die ARGE ist an einem „möglichst qualifizierten Schulabschluss“ von SchülerInnen interessiert.

Anders sieht die Verwaltung das, wenn der Schulbesuch unterbrochen wurde. Hier sind ihrer Ansicht nach neben einer möglichen Wiederaufnahme des Schulbesuchs „mögliche Alternativen mit abzuwägen“.

Was mögliche Sanktionen betrifft, so werden sie zwar nicht abgelehnt, aber sie kommen nach Auffassung der Verwaltung „nur bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen (z. B. wiederholtes Nichterscheinen ohne wichtigen Grund)“ in Betracht.

Michael Kellner

■ Bauen und Wohnen

Anfrage zum Einsturz des Stadtarchivs

Der Einsturz des historischen Stadtarchivs war auch Thema auf der Sitzung des Ausschusses Bauen und Wohnen am 16. März 2009. Die Fraktion DIE LINKE. Köln/Gemeinsam gegen Sozialraub reichte bereits

wenige Tage nach dem Unglück die erste Anfrage ein. Der Sachkundige Einwohner Bernd Weber bezog Stellung dazu. Teile der Anfrage bezogen sich auf Sicherungsmaßnahmen entlang der Trasse, andere Teile beschäftigten sich mit Versäumnissen, die möglicherweise zu dem Unglück beitrugen. Eine Frage war, wer eine Begehung des Stadtarchivs wegen vermuteter Baufähigkeit durchführte. Der Presse war mittlerweile zu entnehmen, dass nach der Besichtigung durch einen Statiker empfohlen wurde, wegen festgestellter Setzrisse einen Bauschadensachverständigen hinzuzuziehen. Dazu stellte Bernd Weber in der Sitzung fest, dass Setzrisse Symptome für Veränderungen unterhalb des Gebäudes seien. Baudezernent Bernd Streitberger pflichtete bei und meinte, dass in diesem Fall sinnvollerweise ein Geologe hinzugezogen worden wäre, dies aber nicht geschehen sei.

Inzwischen liegt eine schriftliche Antwort auf die Anfrage vor. Danach werden mögliche Bewegungen der Gebäude mit Nivelliergeräten, deren Genauigkeit im Zehntel-Millimeter-Bereich liegen, überwacht. Der Kölner Stadtanzeiger berichtet in seiner Samstagsausgabe, dass wohl Bewegungen des Archivgebäudes festgestellt wurden. Die Vorderseite des Gebäudes sei seit der Nullmessung vor Beginn des U-Bahnbaus um 20 Millimeter in die Erde gesackt, die Rückseite um 17 Millimeter. Blicke nachzufragen, warum diese Veränderungen nicht als kritisch bewertet wurden und keine Maßnahmen zur Sicherung des Gebäudes ergriffen wurden. Möglicherweise kündigte sich da schon die Rutschung des Untergrundes an.

Weitere Antworten beziehen sich auf die Erkundungsphase der U-Bahn-Trasse, die vom Erdbaulaboratorium Essen durchgeführt wurden. So wurde ein geologisches Profil im Maßstab 1:2500 erstellt. Der Untergrund wurde mit gängigen Verfahren, wie Bohrungen und Rammsondierungen erkundet.

Bernd Weber

■ Schule

Gesamtschule

Das Verwaltungsgericht Köln hat im Zusammenhang mit der Prüfung eines Eilantrages der Stadt Bonn festgestellt, dass für die Einrichtung einer Gesamtschule nicht zwingend ein Drittel der angemeldeten Kinder eine Grundschulpflicht für das Gymnasium, die Realschule und die Hauptschule besitzen müssen. Nach diesem Urteil ist es nicht mehr zulässig, dass die Bezirksregierung die im Schulgesetz verankerte Leistungsheterogenität an eine exakte

Zahlenvorgabe knüpft. Damit ist nun die Hürde gefallen, mit der die Landesregierung bisher versucht hat, die Neugründung von Gesamtschulen zu verhindern.

Dieses Urteil des Verwaltungsgerichts bietet nun auch für Köln die Gelegenheit, der Forderung nach einer weiteren Gesamtschule Ausdruck zu verleihen.

Denn auch in Köln gibt es seit einigen Jahren sehr viele Schülerinnen und Schüler, die aufgrund des mangelnden Platzangebots an den Kölner Gesamtschulen auf eine andere Schulform wechseln müssen. So haben für Köln für das kommende Schuljahr von 2183 Eltern, die ihr Kind auf eine der acht Gesamtschulen angemeldet haben, 861 eine Absage erhalten. An zwei Gesamtschulen wurden sogar mehr Kinder abgelehnt als aufgenommen.

Auf Anfragen unserer Fraktion lehnte die Verwaltung bisher in den vergangenen



Jahren die Gründung einer weiteren Gesamtschule ab. Sie argumentierte wie die Bezirksregierung, dass die Quote der Gymnasialempfehlungen, die eine unabdingbare Voraussetzung für eine Neugründung darstelle, nicht erreicht sei. Dieses Argument ist nun hinfällig und bietet uns eine neue Grundlage, den Druck für eine weitere Gesamtschule zu erhöhen und die Forderung durchzusetzen.

Das langfristige Ziel unserer Fraktion bleibt weiterhin die Überwindung des selektiven Schulsystems und die Durchsetzung der Forderung „eine Schule für alle“, in der alle Schülerinnen und Schüler bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen. Denn nur so kann die soziale Auslese im Schulsystem weitestgehend überwunden und mehr Chancengleichheit gesichert werden. Doch bis dies auf Landesebene durchgesetzt wird, bleibt für uns das Ziel, die Gesamtschule zu stärken und der Nachfrage der Eltern entgegenzukommen.

In diesem Zusammenhang arbeitet auch der Arbeitskreis Jugend und Schule der Fraktion und der Partei zu diesem Thema und wird am 31. März um 18 Uhr im Sitzungssaal der Fraktion ausschließlich zu diesem Thema mit Gästen tagen. Jeder, der daran interessiert ist, der Forderung nach einer weiteren Gesamtschule in Köln Ausdruck zu verleihen und hierfür aktiv zu werden, ist herzlichst zu dieser Sitzung eingeladen.

Özlem A. Demirel

Städtischer Ausbildungsbericht 2008 vorgelegt

Dem Ausschuss lag der jährliche Ausbildungsbericht vor, dem zu entnehmen ist, dass die Stadt Köln die von der LIN-



KEN durchgesetzte Forderung nach einer 6%igen Ausbildungsquote auch umsetzt. Die städtischen Beteiligungsunternehmen dagegen haben nur ganz geringfügig zuge setzt und liegen bei 4 %.

Die Sparkasse KölnBonn, die immer sehr viele Auszubildende angestellt hatte (ca. 10 %) hat in den letzten zwei Jahren deutlich reduziert.

Erfreulich ist, dass inzwischen die ver.di-Jugend in Sachen Ausbildungsplätze sehr aktiv ist und um die Übernahme von städtischen Auszubildenden kämpft. Sie wollen am Tage der Ratssitzung am 26. März eine Protestaktion durchführen.

Die städtischen Beteiligungsunternehmen reden sich raus. Schade, dass die Personalräte und ver.di hier nicht viel hartnäckiger agieren. Gerade in den nächsten Monaten ist die Beschäftigung und Ausbildung junger Menschen elementar, um eine Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Jörg Detjen

Rechtsanwaltmandatierung für Ratsmitglieder ist inzwischen verpönt

Im Jahre 2003 stellte die damalige PDS Gruppe im Ausschuss allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen eine Anfrage, warum Ratsmitglieder, die beruflich Rechtsanwälte sind, Aufträge von der Stadt Köln erhalten.

Die Antwort war nüchtern aber klar: Das sei schon immer so gewesen, und Ratsmitglieder sind Amtsträger der Stadt Köln und können somit auch Mandanten, die gegen die Stadt Köln klagen, nicht verteidigen. Aufträge der Stadt seien praktisch ein Ausgleich für diesen Nachteil.

Da entbrannte ein Sturm der Entrüstung in Köln. Der Kölner Stadt-Anzeiger kritisierte das Vorgehen heftig. Jörg Detjen fragte aber auch nach der genauen Anzahl der Fälle, die Ratsmitglieder vom städtischen Rechtsamt erhalten hatten. Das Ergebnis war höchst unterschiedlich: Rolf Bietmanns Fälle waren nicht gerade gering und auch Ratsmitglieder, die schon gar nicht mehr im Rat waren, erhielten ebenfalls Fälle. Es gab aber auch Ratsmitglieder, die sich diesem Zückerchen verweigerten.

Nach einer öffentlichen Diskussion in der Stadt schlug die Verwaltung vor, von diesem Verfahren abzusehen.

Jetzt fragte die Fraktion DIE LINKE noch mal nach. Die Verwaltung war sensibilisiert und legte binnen drei Wochen eine Liste vor, aus der klar ersichtlich ist, dass Ratsmitglieder keine Aufträge des Rechtsamtes mehr erhalten.

Jörg Detjen

Auf, Du blinder Wandersmann

Laut WHO gibt es 1,2 Mio. blinde und sehbehinderte Menschen in Deutschland, für die es bisher fast unmöglich ist, sich selbstständig in Naturlandschaften zu bewegen. Oft reichen schon kleine Maßnahmen, um den Betroffenen ohne großen Aufwand einen ungetrübten Naturgenuss zu ermöglichen. So freuen sich Augenpatienten über



kontrastreich gestaltete Hinweisschilder und ein Wechsel des Untergrundes, beispielsweise von Sand zu Stein, kann den blinden Wanderer auf ein Hindernis hinweisen.

Daher regte die Fraktion DIE LINKE. Köln im letzten Umweltausschuss an, dass sich die Verwaltung mit der Koordinierungsstelle Tourismus im DBSV in Verbindung setzt, damit zumindest im Rahmen des Wegeleitsystems und der Info-Tafeln für die Regionale 2010 hier von Anfang an eine größtmögliche Barrierefreiheit erreicht wird.

Übrigens erleichtert eine sehbehindertengerechte Gestaltung auch dem wachsenden Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung das Naturerleben.

HP Fischer

Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten

In der Sondersitzung der Bezirksvertretung Lindenthal am 12.2.2009 war die Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig abgelehnt worden. Tenor der dem Beschluss vorangegangenen Diskussion war dabei, auf dem Friedhof Melaten wegen seiner Bedeutung für die Stadt grundsätzlich kein Kooperationsgrabfeld zulassen zu wollen.

Nach der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln sind die Bezirksvertretungen grundsätzlich entscheidungsbefugt in allen Angelegenheiten, die Gestaltung, Unterhaltung, Ausstattung, Ausbau und Instandsetzung einschließlich der hierfür erforderlichen Planungen von Grün- und Parkanlagen, Kinderspielflächen, Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Friedhöfen und anderen öffentlichen Einrichtungen betreffen.

In einer Vorlage für den Umweltausschuss aber weist die Verwaltung darauf hin, dass dies nur gilt, sofern die Bedeutung der Maßnahmen nicht wesentlich über den Stadtbezirk hinausgeht. Damit ist ursprünglich gemeint, dass eine Bezirksvertretung nicht in die Belange einer anderen Bezirksvertretung eingreifen oder gegen Belange der Gesamtstadt entscheiden darf.

Um diese Einschränkung für das strittige Kooperationsgrabfeld auf Melaten ausnutzen zu können, erklärte die Verwaltung:

„Da der Friedhof Melaten mit seiner Einzigartigkeit einen besonderen Wert für die gesamte Stadt darstellt, liegt die Beschlusszuständigkeit für diesen Friedhof nicht bei den Bezirksvertretungen (Lindenthal und je nach Örtlichkeit Ehrenfeld), sondern ausschließlich beim Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün.“

Es ließe sich trefflich darüber streiten, ob nicht alle Friedhöfe eine vor allem örtliche Einzigartigkeit besitzen und damit aus Verwaltungssicht der Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretungen entzogen werden müssten. Dies wird vor allem dann wichtig, wenn, wie im Umweltausschuss angedeutet, als nächstes rechtsrheinische Friedhöfe dran glauben müssten und die Bezirksvertretungen in Mülheim, Kalk oder Porz nicht mehr mitreden dürften.

Die Idee ins Rechtsrheinische zu wechseln entstand aus der Not, dass es einfach keine Interessenten außer der Friedhofsgärtnergenossenschaft gibt, die mitmachen wollen. Es scheint also darauf hinaus zu laufen, dass der ganze langwierige und teils nervenaufreibende Diskussions- und Entscheidungsprozess mit all seinen Unzulänglichkeiten (Fehlinformationen, illegale Bebauung, unvollständige Bewerbungen) inklusive der Änderung einer grundsätzlichen Satzung durch den Stadtrat, nur dem Zieldiente, die Wünsche eines einzelnen Privatbieters zu bedienen.

HP Fischer

Aus den Bezirken:

■ BV Nippes

Pferdeschutzhof ist gesichert

Nach jahrelanger Diskussion hat die Bezirksvertretung Nippes nun beschlossen, dass der Pferdeschutzhof da bleiben kann wo er ist. Der Verbleib des im Bezirk nicht ganz unumstrittenen Projektes wird durch den gefassten Beschluss zum Bebauungsplan ermöglicht.

Da sich der Hof im Naturschutzgebiet befindet und die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV nicht gegeben ist, wurde mit Mehrheit beschlossen, dass über einen Umzug des Hofes nachgedacht werden soll, wenn die Betreiber das wünschen. Eine Möglichkeit wäre das Gelände am Lachener Weg. Hier stünde doppelt soviel Platz zur Verfügung, die Straßenbahn befindet sich in unmittelbarer Nähe, und das Gelände ist kein Naturschutzgebiet.

Michael Weisenstein

■ BV Ehrenfeld

„Bündnis gegen Rechtsextremismus“ plant neue Aktionen

Am Samstag, 14. März, traf sich das „Ehrenfelder Bündnis gegen Rechtsextremismus“ im Saal des Bezirksrathauses, um über die nächsten Aktionen des Bündnisses zu beraten. Einig waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darin, dass es vor allem darum gehen muss, öffentlich zu machen, welche Ziele hinter den populistischen Propagandasprüchen der sogenannten Bürgerbewegung „pro köln“ stehen. Dazu wird ein Flugblatt verfasst, das in verschiedenen Aktionen auf den Wochenmärkten im Stadtbezirk verteilt werden soll. Ferner soll im April noch eine Aktion von Künstlern aus verschiedenen Bereichen stattfinden, zu der bekannte Persönlichkeiten aus dem Stadtbezirk Ehrenfeld einladen werden.

Damit sollen vor allem die Ehrenfelderinnen und Ehrenfelder angesprochen werden, die mit „nur politischen“ Informationen nicht erreicht werden. Ziel aller Aktivitäten ist die Mobilisierung möglichst vieler Kölner gegen eine von den Neonazis für den 9. Mai geplante Hetzveranstaltung. Der Titel „Anti-Islamisierung-Kongress“ soll der Sache einen seriösen, wenn nicht gar wissenschaftlichen Anstrich geben, geboten werden aber wohl wie immer populistische Falschinformationen über die angeblich drohende „Islamisierung“ des von den Neonazis gern beschworenen „christlichen Abendlandes“. Zu dessen „Kultur“, wie sie sie verstehen, dann wohl auch Beschimpfungen und Drohungen gegen das

Publikum und einzelne Bezirksvertreter gehören, wie bei der jüngsten Bezirksvertretungssitzung zu erleben war.

Helga Humbach

■ Mülheim

Wut der Bewohner auf der Von-Ketteler-Straße

Die Grundstücke auf der Von-Ketteler-Str. 4-22 in Köln-Höhenhaus sollen abgerissen und durch Neubauten ersetzt werden. Geplant sind Miet- und Eigentumswohnungen. Für dieses Planungsgebiet liegen der Stadt Köln und der Bezirksvertretung Mülheim ein geänderter Bebauungsplan vor. Die Fraktionsgemeinschaft Grüne-Linke hatte im Vorfeld gefordert, dass in der sanierten Siedlung sowie in den neu gebauten Mietwohnungen auch soziale Wohnungen entstehen und der Umzug der jetzigen Mieter unter sozialverträglichen Verhältnissen gewährleistet werden muss.

Nun hat sich gezeigt, dass die Wohnungsgesellschaft diesen Forderungen, welche auch in der Bürgeranhörung zugesagt wurden, nicht nachgekommen ist. Dies kochte die Wut der Bewohner auf der Von-Ketteler-Straße hoch. Ein Großteil der Mieterinnen und Mieter wohnen bereits seit 35 Jahren in diesen Wohnungen und sind ALG II-Bezieher. Gerade Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen sind größtenteils hilflos und haben Zukunftsangst. Der angebotene Umzugskostenbeitrag reicht nicht für einen ordnungsgemäßen Umzug. Neue Mietverhältnisse für angebotene Wohnungen können in einigen Fällen nicht erfolgen, weil die Eigentümer angeben, dass diese Wohnungen für ALG II-Bezieherinnen und Bezieher nicht zu mieten sind – so die Auskunft der ARGE.

DIE LINKE hat sich hinter die Bewohner der Von-Ketteler-Straße gestellt und sich für ihre Forderungen stark gemacht. Es hat eine Gesprächsrunde mit den Bewohnern sowie der Wohnungsgesellschaft gegeben. Die Fraktionsgemeinschaft Grüne-Linke hat mit einer Anfrage in der Bezirksvertretung Mülheim auf diese Situation aufmerksam gemacht. Gefordert wurde, dass die Umzugskosten in voller Höhe übernommen und ein sozial erträglicher Umzug ermöglicht wird. Weiterhin stehen wir hinter der Forderung, dass mindestens 25 % der Neuwohnungen als Sozialwoh-

nungen bereitgestellt werden müssen. Es kann nicht sein, dass der Bau einer neuen Siedlung auf Kosten von Menschen mit geringem Einkommen geschieht.

Kemal Bozay

■ BV Innenstadt

Aktuelle Stunde zum Thema „Einsturz des Historischen Archivhauses“

In der BV-Sitzung vom 12.3.09 wurden zwei gemeinsame Anträge aller Fraktionen zu den Themen „Aktuelle Stunde - Einsturz des Historischen Archivs“ und „Sicherung der noch stehenden Gebäude in der Severinstraße“ gestellt.

Der Antrag zum Thema „Aktuelle Stunde“ befasste sich mit der Frage: Was kann die Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger



Bild: Stadt Köln/Berufsfeuerwehr

tun, die von dem Einsturz des Historischen Archivs und der anliegenden Häuser betroffen sind? Die Verwaltung teilte mit, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um den Menschen zu helfen. Laut Informationen der Verwaltung wurde nach dem Einsturz sofort ein Krisentisch eingerichtet. Alle finanziellen und andere Hilfsmaßnahmen z. B. Unterkunft, psychologische Betreuung etc. wurden sofort eingeleitet.

In dem zweiten Antrag wird die Verwaltung aufgefordert, im Innenstadtbereich entlang der U-Bahntrasse unverzüglich alle Gebäude auf ihre Standfestigkeit zu prüfen. Weiterhin wird der Untergrund auf entstandene und noch nicht entdeckte Hohlräume untersucht. Des Weiteren wird geprüft, an welchen Stellen es sinnvoll ist, Neigungsmesser zu installieren. Hauseigentümer und Anwohner werden über die Ergebnisse der Untersuchungen informiert und die Dokumentation öffentlich zugänglich gemacht. Die Bezirksvertretung hält die umfassende und professionelle Untersuchung der Bodenfestigkeit zur Vermeidung weiterer Katastrophen unabhängig von der Ursachenforschung für unabdingbar.

Bahri Gülsen

Gemeinsamer Unterricht – die Qualität muss gewährleistet bleiben!

Am 30.8.07 beschloss der Rat der Stadt Köln, die Plätze im gemeinsamen Unterricht (GU) von Kindern mit und ohne Behinderungen zu verdoppeln und allen, die am GU in der Grundschule teilnehmen, Plätze im GU an weiterführenden Schulen zu sichern.

Inzwischen nehmen 562 Kinder an 24 Grundschulen am GU und 238 Kinder und Jugendliche an zwei Gesamtschulen und einer Hauptschule am GU der Sekundarstufe teil. Damit werden in Köln ca. 13 % der SchülerInnen mit Behinderungen integrativ beschult. Der bundesdeutsche Durchschnitt liegt bei 15,7 %, der europäische Durchschnitt bei 60 %!

Die Stadt Köln hat sich mächtig angestrengt, den GU auszuweiten, große Schwierigkeiten bestehen aber nach wie vor im Bereich der weiterführenden Schulen. Die meisten Kinder mit Behinderungen müssen nach dem GU in der Grundschule in eine Förderschule wechseln.

Für Wirbel hat in den vergangenen Wochen der Versuch der Landesregierung gesorgt, das Angebot des GU zwar auszuweiten, ohne aber zusätzliche Mittel bereit zu stellen. Die Folgen wurden schnell deutlich: Kürzung von acht LehrerInnenstellen an den bisherigen GU-Schulen, davon allein vier Stellenkürzungen an der Gesamtschule Holweide, die für ihre vorbildliche Arbeit

mehrfach ausgezeichnet wurde und den größten Anteil der GU-Plätze inne hat. Eltern und Lehrer gingen auf die Barrikaden.

Auch wenn der Plan der Landesregierung gesetzlich verankert war – herkömmlich gilt Mehrbedarf nicht für alle Formen der Behinderungen – hatte die GS Holweide den Mehrbedarf für alle FörderschülerInnen erhalten. Nur so sah man hier die Qualität des GU für gesichert.

Dank des intensiven Einsatzes durch die Verwaltung wurde die Kürzung für das kommende Schuljahr zurückgenommen. Für die Verhandlung über eine langfristige Sicherung der Qualität des GU hat die Verwaltung jetzt eine besondere Unterstützung erhalten: Das „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“, dem die Bundesregierung mit Beginn des Jahres 2009 beigetreten ist (s. Kasten). Danach dürfen „Menschen mit Behinderungen nicht auf Grund von Behinderungen vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden“.

In diesem Sinn hat die Stadtarbeitsgemeinschaft (bestehend aus Vertretern von Behinderten- und Wohlfahrtsverbänden, der Verwaltung und der Ratsfraktionen) einen Brief an die Landesministerin für Schule und Bildung verfasst, in dem sie um Überprüfung des Erlasses „Integrative Lerngruppen an allgemeinen Schulen der

Rechte von Menschen mit Behinderungen völkerrechtlich verbindlich

Das „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ wird offiziell am 26.3. völkerrechtlich verbindlich. Für das deutsche Bildungssystem bedeutet diese Konvention langfristig die völlige Umgestaltung hin zu einer „Schule für alle“.

So fordert der Artikel 24 „ein integriertes Bildungssystem („inclusive Education“) auf allen Ebenen“. In ihm muss sichergestellt werden, „dass Menschen mit Behinderungen nicht auf Grund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden“.

Die Stadt Köln, das Land und die Bundesregierung sind aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit dieses Übereinkommen so schnell wie möglich umgesetzt wird.

Michael Kellner

Sek I“ vom 19.5.2005 bittet. Die Fördermittel sollen für alle Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen gelten, und die Erfahrungen der bisherigen GU-Schulen sollen bei der Stellenausstattung und dem erforderlichen Mehrbedarf berücksichtigt werden.

Michael Kellner

Pfarrer Georg Fritze – religiös und sozialistisch

Hoch oben auf dem Rathausturm im 3. Stock thront er wieder, neben dem Gewerkschafter Hans Böckler: Pfarrer Georg Fritze, Christ, Sozialist und Antifaschist. Wer war dieser Pfarrer und wie kommt er auf den Rathausturm?

Georg Fritze wurde 1874 in Magdeburg geboren. Er studierte dort Theologie und wurde 1916 Pfarrer in der Kölner Trinitatiskirche. Seit dieser Zeit beschäftigte er sich intensiv mit dem Thema „Kirche und Sozialdemokratie“. 1920 gründete er mit anderen engagierten Pfarrern den Bund Religiöser Sozialisten in Köln, der heute noch als Bund religiöser SozialistInnen Deutschlands (BRSD) besteht.

1928 wurde er Pfarrer in der Kartäuserkirche in Köln. In seinen Pfarrbriefen warnt er immer wieder vor dem herannahenden Faschismus. Schnell gerät er mit seinen Mitstreitern vom Bund religiöser Sozialisten in Konflikt mit den Deutschen Christen, die auch in seiner Gemeinde tätig sind und beteiligt sich an der Gründung der Bekennenden Christen in Köln. Wegen seines klaren Bekenntnisses sowohl zum Christentum als auch zum Sozialismus

steht er immer mehr in der Kritik, auch innerhalb der Bekennenden Kirche. Als man von ihm 1938 den Treueeid auf Hitler verlangt, weigert er sich. Noch im gleichen Jahr wird er deshalb von seiner eigenen Kirche als Pfarrer entlassen. Ein Jahr später stirbt er an Herzversagen.

Das Verhalten der evangelischen Kir-

che gegenüber Pfarrer Fritze zur NS-Zeit war mehr als beschämend und auch später kein Ruhmesblatt. Seine Rehabilitierung erfolgte erst nach langem Zögern 1980. Die Entscheidung für eine Gedenkplatte im gleichen Jahr war mindestens ebenso peinlich: Gegen das zustimmende Votum von 22 Mitgliedern des Kölner Presbyteriums

gab es 5 Stimmen und 9 Enthaltungen. Die Tafel wurde 1982 im Innenhof der Kartäuserkirche eingeweiht.

10 Jahre später stiftete die Evangelische Kirche die Georg-Fritze-Statue für den Rathausturm. Seit 1981 wird jährlich die „Pfarrer-Georg-Fritze-Gedächtnisgabe“, ein Preis von 5000 Euro, vergeben für Menschen und Gruppen, die sich in besonderer Weise für die Opfer von Diktatur und Gewalt einsetzen.

Michael Kellner



Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Für die Anerkennung des 1. Mai als „TAG DER ARBEIT“ Für Versammlungsfreiheit und ein uneingeschränktes Demonstrationsrecht!

Der 1. Mai ist in Europa ein arbeitsfreier Tag und wird als „TAG DER ARBEIT“ gefeiert. Obwohl die Türkei die Sozialcharta und die ILO Vereinbarungen unterzeichnet hat, werden in der Türkei gewerkschaftliche Demonstrationen am 1. Mai verboten und durch massiven Polizeieinsatz unterdrückt.

Die vollständige Umsetzung der Sozialcharta und der ILO Vorschriften sowie die Anerkennung des 1. Mai als TAG DER ARBEIT und gesetzlichen Feiertag wird der Demokratisierung der Türkei nützen.



Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen, beim Ministerpräsidenten und beim Gouverneur von Istanbul zu protestieren. Bitte Unterschriften sammeln und uns diese übersenden.

Fax Nummer Ministerpräsident: 0090 312 417 04 76,
www.basbakanlik.gov.tr

Gouverneur von Istanbul:
+90 212 512 20 86,
bimer@istanbul.gov.tr

Vom 30 April bis 2 Mai wird eine europäische Gewerkschafterdelegation (in Kooperation mit den Dachverbänden KESK, Türk-is, DiSK und mit den Einzelgewerkschaften TÜMTIS, Hava-Is, Deri-Is, Petrol-is, Basin-Is, Tez Koop-Is, GMIS) die Maidemonstrationen unserer türkischen KollegInnen unterstützen.

Wir bitten alle Interessierten um Rückmeldung (region.dortmund@ngg.net). Ostwall 17-21, 45135 Dtmnd, Tel: 0231-55 79 79 14 Fax: 0231-55 79 79 79

Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten



Fotos: NGG

So wurden am 1. Mai 2008 Gewerkschaftshäuser und 1. Mai Veranstaltungen von der Polizei angegriffen. Die Regierung und Polizei Behörden hatten im Vorfeld bereits „Variable Gewalt“ angekündigt. Konkret wurden Menschen mit Pfefferspray besprüht, brutal zusammengeschlagen und festgenommen. Das Ausmaß dieser Staatsgewalt wurde weltweit bekannt. Dokumentation:

http://www.ngg-dortmund.de/bildergalerie/?g2_itemId=20

Koalitions-, Demonstrationsrecht und Versammlungsfreiheit gehören zu den Grundrechten.

Das gilt auch für ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften.

Wir fordern die Regierung in Ankara und den Gouverneur von Istanbul auf, gewerkschaftliche Demonstrationen und 1. Maifeiern – auch auf dem Taksim-Platz in Istanbul – nicht zu behindern.



Termine ... Termine ...

Dienstag, 31. März um 18:00 Uhr
AK Jugend und Schule
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion

Dienstag, 21. April 2009 um 16:30 Uhr
AK Stadtentwicklung
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion

Dienstag, 19. Mai 2009, 16:30 Uhr
AK Stadtentwicklung
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion

Montag, 25. Mai um 19:30 Uhr
AK Soziales/Hartz IV
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion